Evangelische Kirche: Jubel für die Homo-Ehe, Verachtung für den Lebensschutz

Veröffentlicht am 19.09.2017 von familien-schutz.de

Wummernde Techno-Bässe, geschminkte Menschen, die Konfetti werfen, dazwischen zwei homosexuelle Pfarrer mit Eheringen. Der Berliner Superintendent

Bertold Höcker hat sich eine rosa Federboa umgelegt und schneidet zusammen mit der türkischen Anwältin Seyran Ateş eine Hochzeitstorte im Regenbogen-Design an.

Die Schriftzüge "Trau Dich" und "#Trauungfueralle in unseren Kirchen" stehen auf dem Wagen mit der Nummer 43, auf dem die Feiernden tanzen und rufen.



Die evangelische Kirche hat sich dieses Jahr auch getraut und einen eigenen Festwagen zur Berliner Homo-Parade Christopher Street-Day geschickt. Die ursprüngliche Idee, zusätzlich Gleitgel und Kondome mit aufgedruckten Sinnsprüchen Martin Luthers an die Menge zu verteilen, hatte die Kirchenleitung noch rechtzeitig verworfen. Kirchenmann Bertolt Höcker sieht in dem Einsatz "ein gewaltiges Stück Toleranz". Dennoch sei es für die CSD-Teilnehmer schwierig gewesen, "in dem bunten Treiben aus Glitzer, Alkohol, lauter Musik und später auch noch Gewitter, die Zeichen der Kirche wahrzunehmen", vermerkt die Internetseite der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO).

Tod oder Leben? Ergebnis offen

Auch ohne ablenkenden Pomp und Glitter des CSD ist es heutzutage schwer bis unmöglich, die Zeichen der voll auf Staatslinie getrimmten evangelischen Kirche und ihre Auffassung vom christlichen Glauben zu erkennen. Wie weit ihr Kuschelkurs mit dem politisch-korrekten Zeitgeist geht, erwies sich spätestens beim Umgang mit dem "Marsch für das Leben". Diese regelmäßig vom Bundesverband Lebensrecht organisierte Demonstration mit diesjährlich 7500 Teilnehmern erinnerte mit einem Schweigemarsch an die in Deutschland weit über 100.00fache Tötung von Kindern im Mutterleib durch Abtreibung.

- Das ficht die EKBO, deren Vertreter man noch sechs Wochen zuvor im Feierrausch auf dem CSD beobachten konnte, allerdings nicht weiter an. Eine Teilnahme an dieser von einem zutiefst christlichen Anliegen geleiteten Demonstration scheint der EKBO-Leitung peinlich zu sein.
 - → Die Teilnahmeverweigerung verpackt deren Sprecher, Christoph Heil, in wohlfeile Worte über die "ergebnisoffene Schwangerenkonfliktberatung", die man unterstütze. Das berühmt-berüchtigte feministische Motto "Mein Bauch gehört mir" mit Kollateralschaden-Tod, regelmäßig in aggressiver Weise von linken

Gegendemonstranten skandiert, scheint für die EKBO folgerichtig in Ordnung zu gehen. Sie stehen damit nicht allein, aber eben nur auf der anderen Seite.

► Schweigen gegen Haß und Aggression

Auf der anderen Seite geht es laut und obszön zu. Plakate mit Schriftzügen wie "Hätt" Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben", "My body my choice" werden hochgehalten, es wird gepöbelt und gespuckt.

Mehrmals muß die Polizei die aggresiven Abtreibungsbefürworter von den schweigend Marschierenden mit den weißen Holzkreuzen trennen. Es ist wahrlich nicht angenehm, an der Spitze zu marschieren. Trotzdem scheint das gesellschaftliche Unbehagen an der inzwischen institutionalisierten und quasi verrechtlichten Kindstötung ebenso wie die jährliche Teilnehmerzahl zu wachsen. Norbert Lammert, Wolfgang Bosbach und Reinhard Kardinal Marx schicken Grußworte. Das Medienecho ist in diesem Jahr vereinzelt immerhin verhaltener bis nachdenklicher gegenüber den Forderungen der Lebensschützer geworden. Birgit Kelle wendet sich in ihrer Rede direkt an den Bundestag. Wer Kinderrechte in der Verfassung etablieren wolle, müsse sich erst einmal um das Recht auf Leben für alle Kinder bemühen, kritisiert die Journalistin und Buchautorin.

▶ Das leise Massensterben ungeborener Kinder ist das größte Tabu der liberalisierten Gesellschaft

Die Regierung hingegen schaut lieber weg. Als in der ARD-Wahlarena eine junge Frau mit Down-Syndrom Angela Merkel geradeheraus fragte, wie es möglich sei, behinderte Kinder kurz vor der Geburt legal abtreiben zu können, wand sich die Bundeskanzlerin kunstvoll. Immerhin habe die CDU eine verpflichtende Beratung für Spätabtreibung eingeführt, für die man gerade so eine Mehrheit zusammentrommeln konnte. Politischer Strukturzwang schlägt Lebensrecht. Was wäre denn die Alternative ohne verpflichtende Beratung? Abtreibung nach Anruf bei der Krankenkasse? Die grausigen Details einer Spätabtreibung, bei der ein voll entwickeltes Kind im Mutterleib durch Giftspritze getötet wird, erspart man sich da lieber.

► Abtreibung ist kein Frauenrecht, das Kind keine Verhandlungsmasse

Die Initiative Familien-Schutz setzt sich für ein konsequentes JA zum Leben ein. Dies ist eine unserer fünf Kernforderungen an die Familienpolitik. (veröffentlicht in einem Faltblatt) Ein konsequentes JA zum Leben ist kein Widerspruch zum Recht der Frau auf ein selbstbestimmtes, doch verantwortungsvolles Leben. Jeder erwachsene Mensch weiß, daß ungeschützter Geschlechtsverkehr zur Schwangerschaft führen kann. Es ist aber eine Sache, ob den Frauen im reichen Deutschland wegen einer ungewollten Schwangerschaft ein schlechtes Gewissen und Problembewußtsein und letztlich die schnelle Abhilfe durch Abtreibung eingeredet wird oder man ihnen Hilfe und Unterstützung anbietet, ihnen Möglichkeiten aufzeigt, auch mit einem kleinen Kind zusätzlich im Leben zurecht zu kommen. Abtreibung ist keine Verhütungsmethode. Sie muß von den Beratungsstellen als das benannt werden, was es ist: die Tötung des Kindes im Mutterleib, sei es auch noch so winzig. Die Beratungsstellen sind laut Gesetz dazu verpflichtet, zwar ergebnisoffen zu beraten, aber mit dem Leitmotiv, daß

sich die Frau am Ende für ihr Kind entscheidet. Die allermeisten Frauen bereuen es nicht, ihr Kind nach der Geburt im Arm zu halten. Eine Abtreibung hingegen fast immer – und das lebenslang. Eine ehrliche Aufklärung über die physischen und psychischen Folgen der Kindstötung im Mutterleib ist allemal besser als die Frauen allein zu lassen mit einer Entscheidung, deren Tragweite sich erst zeigt, wenn es zu spät ist.